

Perspektive 2025

Die Metropole Ruhr gestalten



DIE RUHR-PARTEI

CDU RUHR

Perspektive 2025

Regionalprogramm der CDU Ruhr

Beschluss

des 54. Parteitag der CDU Ruhr

06.12.2019

Impressum

CDU Ruhr

Vertreten durch Oliver Wittke MdB
Munckelstraße 15
45879 Gelsenkirchen
www.cdu-ruhr.de

Verantwortlich für den Inhalt

Ludger Jägers
Munckelstraße 15
45879 Gelsenkirchen
info@cdu-gelsenkirchen.de

Gestaltung

Jonathan Mylius

Titelbild

Maclatz / pixelio.de



I. Vorwort



Die Kohle ist Geschichte. 2018 endete eine Ära, die das Ruhrgebiet geprägt und geformt hat. Dieser Umbruch war lange beschlossen und nicht mehr abzuwenden. Der Blick zurück erfüllt uns mit Stolz auf das Erreichte, er darf aber nicht den Weg in die Zukunft vernebeln. Das Ruhrgebiet hat eine Perspektive jenseits des Bergbaus. Und daran wird bereits heute erfolgreich gearbeitet: in den Schulen und Hochschulen, in den Unternehmen und Kultureinrichtungen, in Politik und Verwaltung und in unzählbaren privaten und ehrenamtlichen Aktivitäten der über 5 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam können wir das Potenzial der Region vollständig nutzen. Die CDU Ruhr wird aktiv an dieser Zukunft der Metropole Ruhr mitwirken.

Überall ist spürbar, es geht voran, die Arbeitslosenzahlen sinken, die Zahl der Start-ups steigt, die Metropole Ruhr findet deutschlandweit positive Beachtung für ihre kulturelle und akademische Vielfalt, für wegweisende Projekte wie den Umbau der Emscher oder für innovative Lösungen mit Vorbildcharakter wie den Radschnellweg Ruhr. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Natürlich kennen wir auch die Probleme: die Städterankings mit ernüchternden Ergebnissen, die hohe Kinderarmut, die ausufernden Hartz-IV Quoten in einigen Städten, die hohen Schulden der Kommunen und die kriselnden Industrieunternehmen.

Fest steht, nur im Verbund können wir diese Herausforderungen angehen und auch lösen. Über viele Jahre hinweg haben die Städte und Gemeinden in der Metropole Ruhr mögliche Vorteile, die sich aus Zusammenarbeit und gemeinsamem Handeln ergeben können, nicht

ausreichend genutzt. Mit dem Regionalverband Ruhr hat die Region aber ein Instrument in die Hand bekommen, das wegweisende Verbesserung für ein einheitliches Auftreten und für die Koordinierung der Anstrengungen in der Metropole Ruhr bewirkt. Dafür muss der RVR in Zukunft noch besser eingesetzt werden. Er muss in Zukunft noch mehr praktische Verwaltungskompetenzen erhalten.

Dank der CDU-geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist uns die Unterstützung aus Düsseldorf für die Bewältigung der skizzierten Herausforderungen sicher. Zahlreiche liegengelassene Probleme der Vergangenheit werden jetzt angegangen: mehr Investitionen in unsere Infrastruktur, Bildung als höchste Priorität, eine Lösung für die Altschulden unserer Kommunen und mehr Sicherheit in unseren Vierteln durch Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Unsere wichtigsten politischen Handlungsfelder werden in diesem Regionalprogramm skizziert. Die CDU Ruhr steht für eine lebenswerte Metropolregion Ruhr, in deren weitere Entwicklung der Mensch im Vordergrund steht. Wir stehen für neue Chancen durch gute Bildung und eine innovative Wirtschaft. Und wir stehen für ein echtes Miteinander mit klaren Regeln. Die Attraktivität der Metropole Ruhr zeigt sich im Zusammenwirken der Großstädte mit dem kreisangehörigen Raum. In der gemeinsamen Planungsregion ist ein fairer Interessenausgleich möglich und notwendig. Die polyzentrische Struktur des Ruhrgebietes mit seinen urbanen und ländlichen Bereichen ist ein wesentlicher Standortvorteil der Region.

Die CDU Ruhr wirbt um das Vertrauen und den politischen Auftrag der Menschen zwischen Lippe und Ruhr, die Zukunft mitzugestalten. Die Perspektiven und Schritte, die Politik über den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Kommunen und Kreise hinaus für die Region entwickeln und machen muss, formuliert dieses Programm. Es ergänzt die Kommunalwahlprogramme der CDU in den Gemeinden, Städten und Kreisen um die unverzichtbare Aussicht auf das, was wir nur gemeinsam anpacken und leisten können.





II. Struktur- und Regionalentwicklung für übermorgen



Das Ruhrgebiet wird nur dann ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort sein, wenn Politik und Verwaltung in den Kommunen, im Land und im Bund die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und gleichzeitig alle Akteure vor Ort bereit sind, zusammenzuarbeiten. Unsere Kernforderung, dass die staatlichen Mittelinstanzen und höheren Kommunalverbände zu drei Regionalpräsidien für das Rheinland, für Westfalen und für die Metropole Ruhr zusammenzufassen sind, bleibt daher bestehen. Dadurch erfährt die Metropole Ruhr eine Steigerung der Handlungsfähigkeit, eine größere Transparenz zugunsten der Bürger und eine beachtliche Stärkung der Eigenständigkeit. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, ohne den festen Willen zur Zusammenarbeit über Stadt- und Kreisgrenzen hinaus wird die Region nicht vorankommen. Nur mit dem Verständnis als gemeinsame Metropole Ruhr wird die Region im nationalen und internationalen Wettbewerb um Menschen, Ideen und Unternehmen erfolgreich sein können, daher muss die von der CDU-Fraktion im RVR initiierte Standortwerbekampagne zur Steigerung des Images der Region national und international fortgesetzt werden. Dazu zählt auch, dass die öffentlich rechtlichen Medien die Metropole Ruhr als einheitlichen Raum behandeln und entsprechend darstellen.

a. Ruhrkonferenz als Impuls nutzen

Die von der CDU-geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen initiierte Ruhrkonferenz ist eine große Chance für den Strukturwandel zwischen Emscher, Lippe und Ruhr. Von ihren Projekten können wichtige Impulse für die weitere Entwicklung des Ruhrgebiets ausgehen. Die Ruhrkonferenz muss in zentralen Zukunftsfeldern konkrete Projekte mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterlegen und vor allem beschleunigen. Die CDU Ruhr fordert deshalb alle kommunalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure der Region auf, partei- und strukturübergreifend zusammenzuarbeiten und sich in den Prozess der Ruhrkonferenz einzubringen. Da, wo rechtliche Restriktionen gemeinsames, regionales Handeln behindern, müssen die entsprechenden Rechtsvorschriften auf den Prüfstand gestellt werden. Gemeinsam wollen wir die Chancen, die sich aus der Initiative der Landesregierung und der erhöhten bundesweiten Aufmerksamkeit durch das Ende der Steinkohleförderung ergeben, für die Region ergreifen. Dazu ist der Mittelstand als wirtschaftliches Rückgrat der Metropole Ruhr besonders in den Blick zu nehmen.

b. RVR stärken

Mit dem Regionalverband Ruhr (RVR) hat wieder eine auf die Region ausgerichtete Verwaltung die Kompetenz für die Regionalplanung. Endlich kann für die gesamte Metropole Ruhr wieder aus einer Hand geplant werden. Die Region muss jetzt die vom Land übertragenen Kompetenzen nutzen und mit Leben füllen. So legt der RVR der Versammlung die regional abgestimmten und auch innerhalb der gesamten Region des RVR priorisierten Vorschläge für Förderprojekte des Landes zur Beratung oder ggfls. zur Beschlussfassung vor.

Der RVR ist nicht nur Sprachrohr der Region, sondern auch als Plattform für die Stärkung der Zusammenarbeit der 53 Städte und Gemeinden in der Region fortzuentwickeln. Mit der Direktwahl des „Ruhrparlaments“ wird diese Bedeutung auch nach außen sichtbarer. Jetzt gilt es, in der praktischen Umsetzung die Kompetenzen des RVRs zu stärken. So kann und soll der RVR die Kommunen im Verbandsgebiet im Hinblick auf die europäischen Fördermöglichkeiten (z.B. der regionale Strukturförderung) noch intensiver beraten und unterstützen.

Der RVR muss auch Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen erbringen dürfen und zur Schöpfung von Synergien in der Region sich wirtschaftlich im gleichen rechtlichen Rahmen betätigen können wie die Kommunen auch. Der Verband als Plattform bietet viele Chancen die regionalen Kooperationen zu vertiefen. Konkrete Initiativen sind hierzu vom Kommunalrat mit den Oberbürgermeistern und Landräten zu entwickeln. Dafür muss die Außendarstellung des Verbandes zwingend verbessert werden. Die vielfältigen Aktivitäten des RVR müssen sichtbar auch mit diesem verbunden werden, wo RVR drin ist muss auch RVR draufstehen. Auch jenseits des RVR unterstützt die CDU Ruhr Bemühungen zu verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit. Kirchturmdenken war gestern. Die Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet sollen wohlwollend prüfen, in welchen Bereichen Kräfte gebündelt und Synergien genutzt werden können.

c. Kommunale Finanzen ordnen

Das Ziel der CDU Ruhr sind gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland auch im Ruhrgebiet. Es gibt einen Wettbewerb der Regionen im Land und auf Bundesebene. Mit den

gegebenen Rahmenbedingungen hat das Ruhrgebiet eine sehr schwierige Ausgangssituation. Einerseits durch jahrzehntelange Misswirtschaft der SPD, andererseits durch strukturelle Probleme ist die finanzielle Ausgangslage für die Kommunen sehr prekär. Hohe Schuldenberge belasten die Haushalte und überproportionale Ausgaben für Sozialleistungen nehmen den Städten jeden Spielraum für eigenständige Akzente. Durch diese kommunale Finanzsituation sind die Hebesetze in der Region zu hoch, das schreckt Unternehmen und damit Investoren ab. Diese Negativspirale muss durchbrochen werden.

Wir wollen eine nachhaltige Lösung der Altschuldenproblematik. Die Städte der Region haben nur dann die Möglichkeit Zukunftsinvestitionen anzugehen und ein attraktives Lebensumfeld zu erhalten und zu schaffen, wenn sie lokale Akzente setzen können. Deshalb müssen die Kommunen, die überproportional durch Sozialleistungen beansprucht werden, nicht nur von Altschulden entlastet werden, sondern auch für die Zukunft so vom Bund unterstützt werden, dass sie in der Folge eine tatsächliche Haushaltsentlastung erfahren. Nur auf diese Weise können die Spätfolgen des Strukturwandels wirksam angegangen werden. Zur nachhaltigen Konsolidierung der Kommunen gehört es auch, bei Zuweisung neuer Aufgaben von Bundes- und Landesebene die entsprechende Finanzierung bereitzustellen.

Die erste Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen bleibt bei der Landesregierung. Die CDU-geführte Landesregierung hat dieses Problem erkannt und arbeitet an einer Lösung. Im Übrigen darf die Diskussion über Hilfen aus Berlin und Düsseldorf nicht von der eigenen Pflicht der Städte zur Konsolidierung ihrer Haushalte ablenken.

Die ab 2020 greifende neue gesamtdeutsche Strukturför-

derung des Bundes, unabhängig von der Himmelsrichtung, ist wegweisend und lange überfällig. Dieser von der CDU Ruhr lange geforderte Schritt ist eine wichtige Hilfe, um im Ruhrgebiet überfällige Investitionen in Infrastruktur und öffentlichen Einrichtungen in der Metropole Ruhr vornehmen zu können.

d. zukunftsfähige Flächenentwicklung

Ein zentraler Punkt für zukünftige Lebensqualität zwischen Emscher, Lippe und Ruhr ist die Flächennutzung. Die Region ist ein stark verdichteter Ballungsraum. Sie bietet Wohnraum, Arbeitsplätze, Naherholungsräume und landwirtschaftliche Nutzung. Die Interessen von über 5 Millionen Bewohnern, Pendlern und Beschäftigten müssen in einen guten Ausgleich gebracht werden. Von besonderer Bedeutung ist dafür der Regionalplan. Die CDU Ruhr setzt sich dafür ein, dass hier ein Ausgleich zwischen berechtigten Interessen der Lebensqualität, des Naturschutzes und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen stattfindet. Wir treten für eine bedarfsgerechte und chancenorientierte Flächenpolitik im Verbandsgebiet des RVR ein. Wir wollen den Strukturwandel in der Region voranbringen. Die Metropole Ruhr läuft Gefahr durch eine restriktive Flächenpolitik von der Entwicklung der Nachbarregionen abgehängt zu werden. Wir setzen uns für einen Regionalplan Ruhr ein, der Entwicklungsmöglichkeiten schafft. Der Regionalplan muss Chancen für die Städte und Gemeinden eröffnen und regionale Kooperationsstandorte fördern. Es bleibt im Rahmen der kommunalen Planungshoheit kommunalen Entscheidungen vorbehalten, die Chancen aus dem Regionalplan Ruhr zu nutzen.

Die CDU Ruhr steht für die Gleichbehandlung von ökologi-

schen und ökonomischen Interessen, nur wenn beide Felder gemeinsam und nicht gegeneinander gedacht werden, können wir die Region zukunftsfähig machen – für eine hohe Lebensqualität und für wirtschaftliche Stärke. Insbesondere in den Kernstädten der Region wird der Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen immer akuter. Für die CDU steht fest, die Reaktivierung von Altstandorten sowie der dauerhafte Bestandsschutz bisheriger Nutzungen muss Vorrang vor neuem Flächenverbrauch haben. Die Sicherung und Wiederherstellung von lebenswerten Stadtzentren und Quartieren, muss wieder mit Ansiedlungen des Handwerks einhergehen. Bedingt durch den technischen Wandel, die Digitalisierung und die Einführung neuer Betriebs- und Herstellungsprozesse sind Wohnen und Arbeiten wieder an einem Standort möglich.

Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn die Wirtschaftsförderungen in der Region in die Lage versetzt werden, die Flächen durch den Erwerb, die Sanierung und die Neuerschließung wieder nutzbar zu machen. Die CDU Ruhr fordert deshalb die Wiedereinführung der Möglichkeit der Bundes- und Landesförderung von Flächenerwerb damit brachliegende Flächen nicht zum Spekulationsobjekt werden, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf wieder zur Verfügung stehen. Gleichzeitig fordern wir, auf restriktive Förderkonditionen wie zum Beispiel den sogenannten Primäreffekt zu verzichten.

Das Ruhrgebiet ist seit über 200 Jahren Industriestandort. Trotz des tiefgreifenden Strukturwandels sind wir noch immer einer der bedeutendsten industriellen Kerngebiete Europas. Dieses Fundament dürfen wir nicht gefährden. Für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe, die auf die zentrale Lage, das vorhandene Wissen und die vielen gut ausgebildeten Fachkräfte zurückgreifen wollen, müssen

**DIE CDU RUHR SETZT SICH
FÜR EINEN AUSGLEICH
DER INTERESSEN EIN:
FÜR LEBENSQUALITÄT,
NATURSCHUTZ UND
SCHAFFUNG VON
ARBEITSPLÄTZEN.**

wir ausreichende Flächen anbieten können. Eine besondere Rolle werden hier in Zukunft die durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung freiwerdenden Kraftwerksflächen unserer Kohlekraftwerke und Bergbauflächen spielen. Auch wenn die Standorte teilweise noch für andere energiewirtschaftliche Aktivitäten weiter genutzt werden sollten, benötigen diese doch wesentlich weniger Fläche als vergleichbare Kohlekraftwerke. Die CDU setzt sich dafür ein, dass diese Flächen zusätzlich zu den bisher eingeplanten Flächen für große rein industrielle Ansiedlungen bereitgehalten werden und der Kauf, die Sanierung sowie die weitere Erschließung durch Bundes- und Landesmittel und auch finanzieller Haftbarmachung der Eigentümer nutzbar und für die öffentliche Wirtschaftsförderung verfügbar gemacht werden.

Menschen und Natur brauchen buchstäblich Luft und Raum zu leben. Deshalb setzt sich die CDU Ruhr für eine Begrenzung des Flächenverbrauchs ein. Vorrang bei neuer Wohn- und Gewerbebebauung hat die Entwicklung bereits vorher genutzter Flächen, die im Ruhrgebiet noch zahlreich vorhanden sind. Es entspricht ganz der nachhaltigen Raumentwicklung, wenn hier gezielt investiert wird, um Altflächen wieder nutzbar zu machen. Nichtentwicklungsfähige Altflächen sollen der Natur zur Kompensation von Flächeninanspruchnahme eins zu eins zurückgegeben werden.

In der Metropole Ruhr konzentrieren sich die oberflächennahen Rohstoffvorkommen insbesondere im westlichen und zu Teilen im nördlichen Bereich. Die Nachfrage nach diesen Rohstoffen wie Sand und Kies hat in den vergangenen Jahren nicht nachgelassen. Allerdings führen die Abgrabungen und der einhergehende Verlust an landwirtschaftlichen Flächen oder Erholungsräumen zu erheblichen

Zielkonflikten in den entsprechenden Kommunen. Die CDU Ruhr steht auch bei der Rohstoffförderung für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie und einer entsprechend intensiven Abwägung der verschiedenen Interessen. Wichtig ist es hier, Planungs- und Versorgungssicherheit herzustellen.

e. Das Ruhrgebiet ist wichtiger Agrar- und Forstwirtschaftsstandort

Das Ruhrgebiet ist wichtiger Agrar- und Forstwirtschaftsstandort. Unsere Landwirte leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln und prägen die Kulturlandschaft entscheidend mit. Die für den Verbraucher ortsnahe Produktion von Lebensmitteln in der Region ist wichtig und ökologisch sinnvoll. Unsere Forstbetriebe leisten einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der CO2 Bilanz.

Den weiteren Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen wollen wir wirksam begrenzen, insbesondere muss die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Produktionsflächen für Ausgleich und Ersatz eingeschränkt werden. Dieses Anliegen muss auch im neuen Regionalplan deutlich erkennbar sein. Um Konflikte zwischen Landwirtschaft und Siedlungsraum und Gewerbeflächen zu vermeiden, muss der Regionalplan die Planungsgebietskulisse konkreter fassen als dies im Entwurf bisher der Fall ist. Die Landwirte brauchen Planungssicherheit, um Investitionen tätigen zu können.

Die CDU Ruhr bekennt sich zu dem Prinzip, dass selbst produzierter Müll und Abraum auch in der eigenen Region verwertet und gelagert werden müssen. Zuerst muss der Grundsatz gelten, dass bereits vorbelastete Standorte





Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

weiter genutzt werden, solange die Kapazitäten ausreichen. Auch hier gilt der Grundsatz möglichst flächenschonend vorzugehen.

Bäuerliche Familienbetriebe stehen für eine große Vielfalt hinsichtlich der Bewirtschaftung der Flächen. Die Betriebe brauchen verlässliche und daher auch langfristige Rahmenbedingungen, um den Erhalt der Höfe ermöglichen zu können. Auch aus Gründen der Nachhaltigkeit gilt es die Flächen für landwirtschaftliche Nutzung sicher zu stellen. Die Produktion von Lebensmitteln ist heute ein Balanceakt: einerseits muss gesellschaftlichen Anforderung Rechnung getragen werden und andererseits muss die wirtschaftliche Grundlage der Landwirte darstellbar sein. Naturschutzflächen mit „Museumslandwirtschaft“ haben keine Zukunft. Die Arbeit auf den Betrieben muss die Existenzgrundlage der Familien sichern.

Die Landwirtschaft braucht ein gewisses Zeitfenster, um neue Richtlinien umsetzen zu können und den Erfolg der Maßnahmen sichtbar zu machen. Insbesondere braucht die Landwirtschaft eine in der Öffentlichkeit mit Respekt und Sachlichkeit geführte Diskussion um die Agrarwirtschaft der Zukunft.



III. Innovative Wirtschaft – Perspektiven eröffnen



Die Lücke, die der schleichende Niedergang der Montanindustrie hinterlassen hat, ist immer noch nicht gefüllt. Für neue Entwicklungschancen unserer Städte, für mehr persönliche Chancen der Menschen im Revier, die auf Arbeitsplatzsuche sind, ist eine dynamische Wirtschaft unerlässlich. Die CDU Ruhr steht für einen wirksamen Ausgleich von Ökologie und Ökonomie. In der Industrie- und Energieregion Ruhrgebiet muss exemplarisch gelingen, was überall gelingen muss: Wachstums- und Wohlstandschancen sichern, ohne die natürlichen Rahmenbedingungen weiter zu gefährden. Deutschland wird nicht Vorreiter einer Energiewende sein können, die Wirtschaftskraft und Wohlstand vernichtet. Das wird keine Nachahmer finden und politische Gräben in unserem Land vertiefen. Gleichzeitig dürfen wir uns nicht vor drängenden klimapolitischen Fragen wegduckern und auf Zeit spielen. Die Metropole Ruhr kann hier mit Blick auf die Entwicklung von Verkehr, aber auch von industrieller Fertigung in einem Ballungsraum Vorreiter für diesen Ausgleich werden.

**DAS RUHRGEBIET BESITZT
DAS POTENTIAL, WIEDER
EINE SPITZENPOSITION
ALS WIRTSCHAFTS-
STANDORT INNERHALB
DEUTSCHLANDS UND
EUROPAS ZU EROBERN.**

a. Standortvorteile nutzen

Das Ruhrgebiet besitzt das Potential, wieder eine Spitzenposition als Wirtschaftsstandort innerhalb Deutschlands und Europas zu erobern. Wir setzen dabei auf eine breite und differenzierte wirtschaftliche Basis, die neben einem starken Dienstleistungs- und Logistikgewerbe, auf neue Chancen in der Gesundheitswirtschaft und der IT-Wirtschaft setzt. Das Ruhrgebiet soll aber auch ein Industriestandort bleiben. Die Industrie ist kein Auslaufmodell, sondern tragende Säule einer soliden Volkswirtschaft. Von besonderer Relevanz bleibt die Zielsetzung, möglichst gesamte Wertschöpfungsketten – von der Forschung und Entwicklung bis hin zu Fertigung und Vertrieb marktreifer Produkte – in der Region zu verwurzeln. Hierfür ist ein Umfeld erforderlich, das Kooperationen und Wissenstransfer zwischen den Akteuren nicht nur ermöglicht, sondern aktiv fördert. Die gewachsene Industrie, die umfangreiche Infrastruktur sowie eine dichte Bildungs- und Forschungslandschaft bieten dafür die besten Voraussetzungen.

Die Energiewende, Digitalisierung und steigende Spannungen im Welthandel fordern alle deutschen Unternehmen heraus. Längst ist nicht sicher, welche Industrien unsere Region in 20 Jahren prägen werden. Wichtig sind deshalb vor allem Innovationen und die Bereitstellung einer modernen Infrastruktur. Von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaftsmetropole Ruhr ist auch eine nicht nur an quantitativen Überlegungen orientierte koordinierte Flächenpolitik. Insbesondere für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben ist es erforderlich, die Qualität der ausgewiesenen Flächen stärker in den Fokus zu nehmen. Dem vorhandenen Nachfragestau an ausgewiesenen Industrie- und Gewerbeflächen muss entgegengetreten werden. Dabei kommt der Reaktivierung von Brachflächen für Industrie

und Gewerbe eine besondere Bedeutung zu. Zur Steigerung der Attraktivität von Innenstädten und Nebenzentren sind Immobilien- und Standortgemeinschaften zu gründen.

Die CDU Ruhr will eine dynamische Gründungskultur fördern. Das Ruhrgebiet wird bei jungen Gründern immer beliebter. Damit sich dieser wichtige Trend fortsetzt, müssen die Rahmenbedingungen für Start-Ups weiter verbessert werden. Die Gründung von Start-Ups gerade in Universitäts- und Hochschulnähe muss noch leichter werden: weniger Bürokratie, ausreichend Räumlichkeiten in Campusnähe und aktive Beratung zu Fördermöglichkeiten gehören ebenso hinzu wie der Zugang zu Risikokapital.

Die Wirtschaftsmetropole Ruhr ist durch ihre geografische Lage Bindeglied insbesondere zwischen den westeuropäischen Häfen und den osteuropäischen Wachstumsmärkten. Wir müssen diese Gegebenheit noch stärker als bisher nutzen, um unsere Region zu einem bevorzugten Investitionsstandort zu machen.

Die Logistik mit ihren Güterverkehren wird immer wichtiger. Deshalb gilt es, unsere Region auch als Logistikstandort zu stärken, zum Beispiel mit den Standorten Duisburger Hafen und Rangierbahnhof Hamm. Die Region hat alle Voraussetzungen ein zukunftssicherndes Netzwerk für das Transportgewerbe aufzubauen.

b. Starker Mittelstand

Kleine und mittelständische Unternehmen leisten durch ihre regionale sowie kommunale Bindung einen unverzichtbaren Beitrag zur Wirtschaftsmetropole Ruhr. Die Stärkung und Weiterentwicklung eines starken Mittelstandes er-

fordert einen fairen Wettbewerb. Monopolartige Strukturen privater oder staatlicher Natur stehen dem gegenüber. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen verschafft dem regionalen Mittelstand und Handwerk bereits heute zahlreiche Aufträge. Diese Zusammenarbeit ist weiter zu stärken. Auswüchse kommunaler Wirtschaftstätigkeit außerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge, die in Konkurrenz zu privaten Anbietern stehen, lehnt die CDU Ruhr dagegen entschieden ab. Dies erfordert die Privatisierung geeigneter kommunaler Unternehmen und Aufgaben, wobei die Anwendung von PPP-Modellen (Public Private Partnership) ebenso zu berücksichtigen ist, wie ein erleichteter Zugang für mittelständische Unternehmen zu solchen Projekten.

Wir begreifen die Industrie 4.0 als Motor des digitalen Wandels. Damit die Digitalisierung zur Chance und nicht zum Risiko für unsere Unternehmen und Betriebe wird, muss der Mittelstand noch stärker für die Digitalisierung sensibilisiert und bei der Umsetzung unterstützt werden. Wir setzen uns für ein regional flächendeckendes Netz der Zusammenarbeit von traditioneller und digitaler mittelständischer Wirtschaft ein. Die CDU Ruhr steht für die Förderung von Innovation und Unternehmertum durch die Unterstützung mittelständischer Unternehmen und Existenzgründer. Zur Förderung mittelständischer Strukturen sind darüber hinaus Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie Technologiezentren stärker in das Gründungsgeschehen einzubinden. Die Errichtung regionaler Gründungsnetzwerke auf Initiative der Kammern und ihrer Partner zur Unterstützung von Jungunternehmen bilden den richtigen Ansatz. Mit Hilfe von „Startercentern“ muss die bestehende Unterstützungsstruktur für Gründer und Unternehmer weiter ausgebaut werden. Ausländische Direktinvestitionen können neue Betriebe und Arbeitsplätze in der Region schaffen. Hierbei ist jedoch im Einzelfall sehr genau die Herkunft der

Gelder zu überprüfen. Auch die Metropole Ruhr kann immer mehr davon profitieren 2017 entfiel knapp ein Drittel aller in NRW neu geschaffenen Arbeitsplätze auf die Metropole Ruhr. Diesen Weg wollen wir weiter gehen: durch die stetige Professionalisierung und Intensivierung der Kapitalakquisitionsbemühungen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Wirtschaftsmetropole Ruhr aber auch durch die Ausweisung ausreichend großer Flächen für neuen Ansiedlungen.

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche der Menschen und auch unserer Wirtschaft ist eines der bestimmenden Themen der Gegenwart. Grundlage dafür ist eine gut ausgebauten Infrastruktur. Die CDU Ruhr fordert schnelles Internet in jedem Teil des Ruhrgebiets. Jede Kommune, jede Bildungseinrichtung und jeder Haushalt, jedes Gewerbegebiet und jedes Unternehmen muss schnellstmöglich einen Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s erhalten. Mittelfristig brauchen wir flächendeckend Glasfaseranschlüsse, besonders schnell für jedes Unternehmen der Region. Vektoring ist nicht die Lösung des Problems. Wir wollen überall eine echte Datenautobahn, keine Behelfswege. Die CDU Ruhr setzt sich auch für den Ausbau des mobilen Netzes sowie einer kostenlosen WLAN-Infrastruktur ein.

Wirtschaft braucht Verwaltungen mit schlanken Strukturen und kurzen Entscheidungswegen. In den letzten Jahren wurden bereits zahlreiche Wachstumsbremsen in den CDU-geführten Kommunen gelockert und Bürokratie abgebaut. Das Subsidiaritätsprinzip – die Nachrangigkeit hoheitlichen Handelns zu Gunsten von privatem Engagement – führt durch die Konzentration staatlichen Handelns auf das Notwendige zu einer größeren Effizienz und muss Leitsatz für Politik und Verwaltung sein. Verwaltungen müssen sich als Dienstleister und Partner der Wirtschaft verstehen. Die IT-Kompetenz der Kommunen muss deutlich erhöht werden.

Wir brauchen Rathäuser 4.0, die die Chancen des E-Governments endlich nutzen.

Die Gesundheitswirtschaft hat sich zu einem nachhaltigen Wachstumssektor entwickelt. Der Bedarf an gesundheitsorientierten Produkten und Dienstleistungen vor allem im Bereich der integrierten und wohnortsnahen Gesundheitsversorgung nimmt stetig zu. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass neue und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen und möglichst die gesamte Wertschöpfungskette der Gesundheitswirtschaft im Ruhrgebiet abgebildet wird. Dazu zählen neben der stationären und ambulanten Versorgung, der Prävention und Rehabilitation auch die Vor- und Zulieferbranchen wie z.B. Medizintechnik, Biotechnologie, Pharmaindustrie sowie die Synergiebereiche Wellness, Gesundheitstourismus, gesunde Ernährung, betreutes Wohnen, Sport und Freizeit. Die ortsnahe hausärztliche Versorgung ist in allen Bereichen des Ruhrgebiets sicherzustellen. Auch die Aus- und Weiterbildung im Bereich der Gesundheitswirtschaft ist zu verbessern, um eine hochwertige Versorgung durch kompetentes Personal und moderne Technik zu gewährleisten. Darunter fallen die Förderung von Ausbildungsmöglichkeiten im gerontologischen Bereich, die Stärkung von Wissenschaft und Forschung u.a. auf dem neuen Gesundheitscampus in Bochum sowie die Unterstützung von Verbänden aus Unternehmen und Wissenschaft. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige und sichere IT-gestützte Infrastruktur.

c. Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt des Ruhrgebietes hat in den letzten Jahren deutlich vom allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft in Deutschland profitiert. 2018 sank die Arbeitslosigkeit

erstmal seit vielen Jahren unter die 10 Prozent Schwelle. Trotzdem weisen viele Städte und Kreise im Ruhrgebiet immer noch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten auf. Speziell bei Langzeitarbeitslosen ist das Revier trauriger Spitzenreiter in Nordrhein- Westfalen. Die Gründe dafür sind zweierlei: zum einen fehlen im Ruhrgebiet strukturell bedingt Arbeitsplätze, insbesondere auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Zum anderen liegen Vermittlungshemmnisse bei den Arbeitslosen selbst vor, die sich als Folge einer fehlenden Berufsausbildung bzw. einer geringen Qualifikation ergeben.

Um dem entgegen zu treten, sind Maßnahmen zur bedarfsorientierten Weiterbildung genauso wie eine stärkere Verzahnung der schulischen und außerschulischen Bildungsträger mit der Wirtschaft und das Nutzen von Potentialen hier zugewanderter Menschen erforderlich.

Auch ältere Arbeitnehmer bieten durch ihre Lebens- und Berufserfahrung ein Kompetenzprofil, das stärker erschlossen werden muss. Gelingen kann dies beispielsweise durch veränderte Arbeitszeitmodelle und eine stärkere Einbindung sogenannter Senior-Berater zur Unterstützung bei Existenzgründungen.

Wir unterstützen das Vorgehen der Landesregierung, mit rund 14 Millionen Euro Modellprojekte im Ruhrgebiet zu fördern, die ergänzend zu bestehenden Angeboten Integrationsperspektiven für die dauerhafte Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen schaffen.

d. Olympia und IGA – neue Impulse für die Region

Wichtige Impulse für die nachhaltige Entwicklung und den erfolgreichen Strukturwandel der Metropole Ruhr können

die Großprojekte Olympia an Rhein und Ruhr sowie die Internationale Gartenausstellung (IGA) liefern. Die CDU Ruhr bekennt sich zu beiden Projekten und sieht in ihnen große Chancen, das gemeinsame Auftreten als echte Metropole weiter zu stärken.



Die IGA kann die Anziehungskraft des Ruhrgebiets für Gäste aus dem In- und Ausland weiter erhöhen. Sie bietet außerdem die Chance, als Motor für dringend notwendige Investitionen in der Metropole Ruhr zu dienen. Besonders im Bereich Städtebauentwicklung und Infrastruktur könnten durch Projektförderung bis zu 160 Mio. € in die Region fließen. Die CDU Ruhr spricht sich für eine gerechte Verteilung der geförderten Projekte im gesamten Verbandsgebiet aus. Von den 53 Kommunen sollen möglichst alle von dieser Chance profitieren können.



Eine Olympiabewerbung im Sinne einer dezentralen Großveranstaltung auf der Basis bestehender Wettkampfstätten wäre eine großartige Chance für die Metropole Ruhr, aus dem Weltereignis neue Kräfte für eine vertiefte Zusammenarbeit zu bündeln und wichtige Strukturprojekte schneller und effizienter umzusetzen. Gerade im Bereich des ÖPNV und des Straßenbaus ergeben sich große Chancen für die Region. Außerdem könnte die langfristige Erhaltung vieler Sportstätten für den Spitzen- und Breitensport gesichert werden. Wir fordern eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung, um gemeinsam eine tragfähige Bewerbung ausarbeiten zu können, die von einer breiten Mehrheit gestützt wird.

e. Energiestandort trotz Energiewende

Der deutsche Kohleausstieg befindet sich mitten in der Umsetzung. Fest beschlossen ist nicht nur der Ausstieg



aus der Braunkohleförderung, sondern auch das Ende der Kohleverstromung in Deutschland insgesamt. Davon ist das Ruhrgebiet mit Kohlekraftwerken in Bergkamen, Datteln, Duisburg, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Lünen und Werne betroffen. Der Bund wird mehrere 100 Millionen Euro für die Strukturförderung in den betroffenen Kommunen bereitstellen. Diese Chance müssen die Städte nutzen und schnell gemeinsam mit dem Land Projekte entwickeln.

Die Steinkohleverstromung hat in den Städten Bergkamen, Duisburg, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Lünen und Werne eine erhebliche wirtschaftliche Relevanz. Mit den Strukturhilfen aus dem Strukturstärkungsgesetz sollen Maßnahmen unterstützt werden, die dazu beitragen, die entfallende Beschäftigung zu kompensieren und Wertschöpfung neu aufzubauen. Es ist daher angezeigt, nicht die Stilllegung der Steinkohlekraftwerke abzuwarten und erst dann die brachgefallenen Flächen zu entwickeln, sondern mit Beginn der Strukturhilfen neue Flächen für die gewerbliche und industrielle Nutzung auszuweisen und zu entwickeln, um den o.g. negativen Folgen des Ausstiegs aus der Steinkohleverstromung frühzeitig entgegenzuwirken.

Nach Außerbetriebnahme müssen die Altanlagen abgerissen und die Flächen zügig baureif gemacht werden. Diese verkehrlich gut angebundenen, zusammenhängenden Flächen müssen einer weiteren industriellen Nutzung zugeführt werden, damit sich auch große Industriebetriebe neu ansiedeln können. Die vorgenannten Flächen dürfen nicht auf die Ausweisung von Industrieflächen im Regionalplan angerechnet werden, sondern sind zusätzlich

bereitzustellen. Die Erzeugung von Energie ist immer noch eine wichtige Wirtschaftssäule der Region. Sie schafft nicht nur Arbeit sondern ist vielmehr die Pulsader der Wirtschaftsmetropole Ruhr. Wichtige Investitionen von STEAG und Uniper in neue Gas- und Dampf-Kombikraftwerke in Herne und Gelsenkirchen zeigen, dass der Standort nach wie vor eine große Bedeutung besitzt. Trotzdem hat die zunehmend dezentrale Erzeugung von Ökostrom aber auch Auswirkungen auf die Unternehmen und Kraftwerksstandorte. Der Nutzbarmachung freiwerdender Flächen für neue Industrie- und Unternehmensansiedlungen kommt deshalb eine überragende Bedeutung zu.

Deutschland befindet sich in einem energiepolitischen Transformationsprozess. Die Energiewende kann dabei als Impulsgeber für die Modernisierung des eigenen Industriestandorts dienen und eine grenzüberschreitende Innovationsdynamik entfalten. Wir wollen in der Metropole Ruhr die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie auch im Energiebereich entscheidend mitprägen. Dies ist die Chance für die Region, sich unter Berücksichtigung fossiler Brennstoffe und erneuerbarer Energien als Energiemetropole zu behaupten. Dieser aus vielen Bausteinen bestehende Energiemix muss sich dabei im Wettbewerb stellen und für sämtliche Energieträger und Technologieoptionen offen sein. Subventionen, Energiesteuern und Abgaben dürfen nicht zu dauerhaften Wettbewerbsverzerrungen zwischen einzelnen Energieträgern führen. Dies muss auch für die regenerativen Energien gelten.

In Industriegebieten müssen zwischen den großen Bauwerken der Industrieanlagen leistungsstarke Windenergieanlagen gebaut werden dürfen, sofern daraus keine Gefährdung für vorhandene Industrieanlagen entsteht. Hierzu sind die Abstandsregelungen gegebenenfalls neu zu überdenken.

Die CDU Ruhr steht für einen ambitionierten Umweltschutz in unserer Region, der sowohl die ehrgeizigen Klimaschutzvorgaben umsetzt, als auch auf resultierende Arbeitplatzeffekte Rücksicht nimmt. Energieeinsparungen sind insbesondere auch im Bereich der intelligenten Verkehrsführung und -planung zu erzielen, denn Verbote führen zu keiner CO₂ Einsparung. Aber auch im Bereich Gebäudesanierung und Energieversorgung sind weitere Anstrengungen vorzunehmen, damit die Klimaziele erreicht werden können. Hier gilt das Prinzip der Technologieoffenheit. Alternative Energieträger wie zum Beispiel Wasserstoff sollten verstärkt erforscht werden. Die Metropole Ruhr hat bei einer notwendigen Verknüpfung von Forschungseinrichtungen sowie der regionalen Wirtschaft alle Voraussetzungen dazu, wesentliche Beiträge zum Gelingen der Energiewende zu leisten.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der deutschen und europäischen Energieversorgungssicherheit im Zusammenspiel mit Fragen der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit: sicher, sauber und bezahlbar. Deshalb fordern wir, dass das sauberste und effizienteste Kohlekraftwerk Deutschlands Datteln IV zügig ans Netz geht und hierfür alte Kraftwerke früher vom Netz genommen werden.

Der Erfolg der Wirtschaftsmetropole Ruhr als industriell geprägter Großraum hängt maßgeblich von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen ab. Besonders für energieintensive Unternehmen der Region sind neben der Energieversorgungssicherheit auch die Entwicklung der Energiepreise entscheidende Wettbewerbsfaktoren. Die CDU Ruhr steht für eine Politik der bezahlbaren Energie, insbesondere für energieintensive Unternehmen zur Sicherung von Wirtschaft und Arbeit in der Region.





IV. Klima- und Umweltschutz – für morgen bewahren



Die Verantwortung für die Schöpfung Gottes leitet unser politisches Handeln. Bei jeder Entscheidung ist grundsätzlich die Frage der langfristigen Auswirkung zu stellen. Dies bedeutet auch, soziale, ökologische und ökonomische Aspekte stets gemeinsam zu betrachten.

Die Minimierung von Schadstoffen in Luft, Boden und Wasser sowie eine Reduzierung von Lärm ist Ziel einer aktiven Umweltpolitik in der Metropole Ruhr. Die Zusammenhänge von Umwelteinflüssen und Gesundheit werden bei den Themen Luftreinhaltung und Lärminderung deutlich. Die Bekämpfung der Emission von Feinstaub ist daher ein richtiger Schritt. Auch bei der Lärminderungsplanung sind langfristig angelegte Strategien und abgestimmte Maßnahmen in Kooperation zwischen den Kommunen und Fachbehörden erforderlich. Fahrverbotszonen zur Minderung von Lärm und Feinstaub, die ohne große Wirkung unverhältnismäßig stark die Bürger belasten, sind nur kurzfristige Maßnahmen ohne nachhaltigen Effekt.

**DER SCHUTZ VON UMWELT
UND KLIMA IST FÜR DIE
CDU RUHR VON ZENTRALER
BEDEUTUNG. UMWELT UND
WOHLSTAND, WACHSTUM
UND KLIMASCHUTZ SIND
KEINE GEGENSÄTZE.**

Der Schutz von Umwelt und Klima ist für die CDU Ruhr von zentraler Bedeutung. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht erhalten und den Menschen in der Metropole Ruhr und darüber hinaus ein Leben in einer intakten Umwelt ermöglichen. Umwelt und Wohlstand, Wachstum und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Nur durch qualitativ hochwertiges und nachhaltiges Wachstum können wir unsere Lebensqualität dauerhaft sichern. Gerade die Menschen im Ruhrgebiet wissen, dass die großen Umweltprobleme, die durch jahrzehntelangen Raubbau an den Ressourcen der Natur entstanden sind, nur durch den Einsatz modernster Technologie zu lösen sind. Wir wollen deshalb beides: Gute Umwelt und gute Wirtschaft. Deutschland hat im Umweltschutz in den vergangenen Jahren Enormes erreicht und geleistet. Im Ruhrgebiet ist das ganz praktisch zu erleben. Unsere Flüsse und Seen sind wieder sauber, unser Himmel ist wieder blau.

Klimaschutz ist auch Städtesache. Als größter deutscher Ballungsraum hat die Metropole Ruhr eine wichtige Bedeutung beim Klimaschutz auf kommunaler und regionaler Ebene. Die Städte der Metropole Ruhr sind deshalb aufgefordert, abgestimmte Maßnahmenpakete auf den Weg zu bringen, die wirksam Einsparungen bei Emissionen von Feinstaub und Treibhausgasen bewirken. Wirkungslosen Aktionismus, wie die Ausrufung des Klimanotstandes, lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir in den Städten der Metropole Ruhr regelmäßige Klimaschutzberichte, in denen die Fortschritte dokumentiert und Pläne für mehr Klimaschutz formuliert werden.

Für uns ist die Energiewende erst dann ein Erfolg, wenn wir auch nach der Umstellung auf Erneuerbare Energien

und neue Produktionsprozesse immer noch einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland und der Welt sind – mit Industriearbeitsplätzen, geschlossenen Wertschöpfungsketten und einem erfolgreichen Mittelstand.

Auch Verkehrspolitik ist für uns aktive Klimapolitik. Wir wollen Anreize setzen für eine Reduzierung der CO2 Emissionen im Verkehrsbereich, dafür brauchen wir einen modernen und stark ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr, der als echter Ersatz zum Auto in der ganzen Metropole Ruhr dienen kann. Dabei gilt der Grundsatz: Zuerst Ausbau des Nahverkehrs, bevor es gegebenenfalls Einschränkungen im Individualverkehr geben kann.

Die Verantwortung für die Schöpfung Gottes leitet unser politisches Handeln. Bei jeder Entscheidung ist grundsätzlich die Frage der langfristigen Auswirkung zu stellen. Dies bedeutet auch, soziale, ökologische und ökonomische Aspekte stets gemeinsam zu betrachten. Wir können auch in unserem dicht besiedelten Ballungsraum viele kleine Oasen schaffen, und unsere Kulturlandschaft nachhaltig grüner gestalten. Der nahende Abschluss des Emscher Umbaus und die Renaturierung dieser ehemaligen Köttelbecke ist ein Erfolg, der zeigt, dass Strukturwandel und gezielte Stadtentwicklung ganz neue Chancen für die Lebensqualität der Menschen zwischen Ruhr, Emscher und Lippe möglich machen.

Die Minimierung von Schadstoffen in Luft, Boden und Wasser sowie eine Reduzierung von Lärm ist Ziel einer aktiven Umweltpolitik in der Metropole Ruhr. Die Zusammenhänge von Umwelteinflüssen und Gesundheit werden bei den Themen Luftreinhaltung und Lärminderung deutlich. Auch bei der Lärminderungsplanung sind lang-

fristig angelegte Strategien und abgestimmte Maßnahmen in Kooperation zwischen den Kommunen und Fachbehörden erforderlich. Fahrverbotszonen zur Minderung von Lärm und Feinstaub, die ohne große Wirkung unverhältnismäßig stark die Bürger belasten, sind nur kurzfristige Maßnahmen ohne nachhaltigen Effekt und werden daher von uns abgelehnt.

Eine besondere Rolle für die Attraktivität des Ruhrgebietes haben die öffentlichen und privaten Grünanlagen. Gepflegte städtische Freiräume, ein attraktives Angebot an Parkanlagen sowie ein den Bedürfnissen der unterschiedlichen Nutzergruppen angepasstes Wohnumfeld mit hoher Aufenthaltsqualität bindet die Bewohner und erhöht die Sicherheit in den Wohnquartieren.

Die bewusste Inanspruchnahme industriell vorge nutzter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist ebenso wichtig wie die Inanspruchnahme neuer Flächen bei gleichzeitiger Renaturierung vorge nutzter Flächen. Beides sind wichtige und konsequente Schritte für den Erhalt ökologischer Rückzugsräume in den Städten. Insbesondere der Emscher Landschaftspark als neuer, ergänzender Grünzug in Ost-West-Richtung bietet ökologische, städtebauliche, aber auch wirtschaftliche Chancen für die Region.

Unternehmen, die mit der Ressource Wasser umgehen, haben ihrer Verantwortung für Mensch und Umwelt nachzukommen. Sie haben sicherzustellen, dass chemische Abfallstoffe schon in der Produktion minimiert werden und dass modernste Anlagentechnik bereits auf dem eigenen Firmengelände dafür sorgt, dass die Gewässer von Giften verschont bleiben.







V. Bildung



Bildung ist der Schlüssel für zukünftige Erfolge der Metropole Ruhr. Die Ausbildung der nächsten Generationen von Schülern, Lehrlingen und Studierenden ist die Grundlage für eine erfolgreiche Fortsetzung des Strukturwandels. Wir brauchen sie als Fachkräfte, als Impulsgeber und kreative Köpfe in Wirtschaft und Verwaltung, in Kultur und Gesellschaft. Dabei hat das Ruhrgebiet als Ballungsraum vergleichsweise günstige Zukunftsperspektiven, bisher sagen die Prognosen eine ausreichende Anzahl an Nachwuchskräften voraus, um den Fachkräftebedarf zu decken, der in anderen Regionen Deutschlands längst zum Fachkräftemangel geworden ist. Bildung ist auch der Schlüssel für sozialen Aufstieg. Gemeinsames Ziel in der Region muss es sein, möglichst alle Jugendlichen und ihre Familien zu erreichen und so zu unterstützen, dass sie die Chance auf einen Abschluss ergreifen und damit auch die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Arbeitsmarkt drastisch erhöhen. Gleichzeitig liegt das Ruhrgebiet immer noch unter dem Bundesdurchschnitt was das Erreichen der Hochschulreife, und damit den Zugang zu höherer Bildung angeht. Dieses Potenzial von neuen Erstakademikern müssen wir nutzen.

a. Investitionsoffensive Bildung

Die wichtigste Antwort auf die Herausforderungen durch Globalisierung, Internationalisierung, Veränderung der Arbeitswelt, Armut und demografischen Wandel lautet: Bildung und Erziehung. Noch immer sind die soziale und die ethnische Herkunft prägend für den Bildungserfolg von Kindern. Bildungsteilnahme muss für alle Kinder unseres Landes in die Tat umgesetzt werden, wobei auch die Bildungsteilnahme von Kindern mit Behinderungen gewährleistet sein muss. Die CDU begrüßt die Beschulung von Kindern

mit besonderem Förderbedarf im Gemeinsamen Lernen an hierfür entsprechend ausgestatteten Schulen. Gleichzeitig erkennen wir den Wert der Förderschulen ausdrücklich an. Entscheidend für uns ist es, dass Eltern die Wahlmöglichkeit für die gewünschte Schulform haben. Vorausgehen soll dabei eine individuelle, professionelle und unabhängige Beratung der Eltern.

Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg von Kindern entscheiden. Die CDU Ruhr unterstützt deshalb die Initiative Talentschulen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, die insgesamt 60 Talentschulen in ganz Nordrhein-Westfalen einrichten wird, mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Städten des Ruhrgebiets. In besonders geförderten Schulen werden Kindern und Jugendlichen in Brennpunktstadteilen bestmögliche Bildungschancen ermöglicht. Die NRW-Koalition setzt mit diesen Talentschulen ein wichtiges Zeichen für mehr Chancengerechtigkeit – gerade auch dort, wo es besondere soziale Herausforderungen gibt. Dieser Vorstoß muss der Auftakt einer langfristigen Investitionsoffensive in alle Schulen der Metropole Ruhr sein.

b. Familien unterstützen

Die Situation vieler Kinder und Jugendlicher sowie derer Familien ist heute stark geprägt von einer gesellschaftlichen Realität, die hohe Anforderungen an Eltern als Erziehende, an Arbeitgeber, an Arbeitnehmer und an Ehe- und Lebenspartner stellt. Die „Familienkultur“ hat dabei für die Bildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Stellenwert. Rechte und Pflichten der Eltern haben

Vorrang vor staatlichem Handeln. Unsere Familienpolitik beginnt mit dem Respekt vor der Wahlfreiheit der Eltern bei der Kindererziehung und -betreuung.

Die vordringliche Verantwortung der Eltern für das Aufwachsen ihrer Kinder wird heute zunehmend durch Angebote in öffentlicher Verantwortung ergänzt, wobei es wesentlich auf das gelingende Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung ankommt. Dabei wollen wir die Eltern unterstützen. Trägervielfalt bei Kitas und Schulen wird von uns ausdrücklich begrüßt und gefördert. Ziel unserer Schulpolitik ist die bestmögliche Bildung für jedes Kind. Die CDU Ruhr steht für eine ideologiefreie Schulvielfalt, die sich unter Beibehaltung des gegliederten Schulsystems am Kindeswohl und am tatsächlichen Bedarf orientiert. Der Erfolg unseres Schul- und Ausbildungssystems misst sich auch an der Menge der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche. Davon gibt es immer zu viele. Die CDU Ruhr steht für eine frühzeitige Unterstützung von Kindern und Eltern. Der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Familienzentren wird bedarfsorientiert vorangetrieben. Die Förderung der sprachlichen Fähigkeiten der Kinder vor Eintritt in die Schule sollte intensiv vorangetrieben werden. Insbesondere die auch im Ruhrgebiet häufig vorhandene Mehrsprachigkeit der Kinder ist dabei sorgfältig in den Fokus zu nehmen. Viele dieser Kinder erlernen Deutsch als Zweitsprache.

Ziel der CDU ist es, Handlungskonzepte zur Förderung der Sprachkompetenz von Eltern eng in den Alltag der Kinder einzubinden. Dazu gehört auch, dass in Abstimmung mit den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen unter Einbeziehung der Eltern ein gemeinsames Verständnis von interkultureller Erziehung entwickelt wird, denn: Mehrsprachigkeit von Kindern und Eltern ist ein Gewinn.



Foto: Sonja Ludwig, „Mathetower TU Dortmund“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

c. Ausbildung bleibt unsere Stärke

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Staaten niedrig. Das ist der Erfolg unseres dualen Ausbildungssystems. Insbesondere mittelständische und familiengeführte Unternehmen leisten dank der dualen Ausbildung einen elementaren Beitrag zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Aber auch Maßnahmen wie das Werkstattjahr, das Ausbildungsprogramm für die Pflege alter Menschen sowie die Aktion „Jugend in Arbeit plus“ reduzieren die Jugendarbeitslosigkeit und geben Jugendlichen eine Perspektive auf Teilhabe am Arbeitsleben. Diesen Beitrag gilt es auch in Hinblick auf die Akademisierungsdebatte in Deutschland und dem Ruf nach Ausweitung der Studierendenzahlen hervorzuheben. Die CDU Ruhr steht für die Stärkung der dualen und trialen Ausbildung und für eine frühzeitige Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt.

Wir nehmen digitale Bildung ernst. Wir Christdemokraten wollen, dass digitale Technologien in sämtlichen Lebensbereichen und auf allen Bildungswegen nicht nur instrumentell verstanden werden. Unser Ziel ist, dass Schulabgänger über eine tiefgreifend technologische Beurteilungskompetenz verfügen.

d. Wissenschaft und Forschung

Der Wettbewerb um die besten Köpfe der Welt und damit um den Standort der europäischen Metropolregion Ruhr wird an den Hochschulen entschieden. Um die Innovationsfähigkeit der Hochschulen dauerhaft auf hohem Niveau zu halten und die internationale

Konkurrenzfähigkeit sicherzustellen, sind Reformen und eine intensive Förderung notwendig. Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz haben die Universitäten und Fachhochschulen des Landes die Möglichkeit erhalten, sich zukunftsfähig zu entwickeln und dem Wettbewerb zu stellen. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auszubauen.

Die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft Ruhrgebiet ist eine der größten Erfolgsgeschichten im Strukturwandel der Region. Die Metropole Ruhr ist heute der dichteste Hochschulraum in ganz Deutschland. Über 270.000 Studierende aller Fachrichtungen lernen und forschen zwischen Emscher und Ruhr. Auf dieser Grundlage wollen wir aufbauen und diese Stärke der Region noch besser zur Geltung bringen. Mehr Kooperation und weniger Kirchturmpolitik bei der Entwicklung des Hochschulstandortes sind gefragt. Statt neue Universitäten zu fordern, müssen bestehende Einrichtungen gestärkt werden und Ausgründungen von Fachbereichen auch in die Städte gebracht werden, die weniger universitäreres Angebot vorweisen können. Vor allem die Kooperation von Universitäten, Hochschulen, Kommunen und beruflichen Bildungsstätten muss weiter verbessert werden. Die Kommunen müssen Flächen für Ausgründungszentren bereitstellen, und regionale Unternehmen und Forschungseinrichtungen noch stärker zusammenbringen. Die CDU Ruhr fordert außerdem den Bund auf mehr außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Ruhrgebiet anzusiedeln. Die Metropole Ruhr bietet exzellente Voraussetzungen für Spitzenforschung und Vernetzung zur breiten Hochschullandschaft.

Die CDU Ruhr bekennt sich zum Forschungsstandort Ruhr, der national und international noch stärkere Sichtbarkeit erfahren soll.

**BILDUNG IST DER
SCHLÜSSEL FÜR DEN
ZUKÜNFTIGEN ERFOLG
DER METROPOLE RUHR.**



VI. Mobilität ohne (Stadt-)Grenzen



1,8 Millionen Arbeitnehmer pendeln täglich in die Metropole Ruhr hinein oder müssen an einen Arbeitsort außerhalb fahren. Millionen Tonnen von Gütern werden über die Straße, die Schiene und die Wasserwege von und nach ganz Europa und darüber hinaus transportiert. Die Mobilität von Bürgern und Gütern ist eine Grundvoraussetzung der Wirtschaftskraft unserer Region. Schnelle und leistungsfähige Verbindungen über Straße, Schiene, Luft und Wasserwege sind Voraussetzung für die Attraktivität von Leben und Arbeiten in der europäischen Metropolregion Ruhr. Die exzellente Lage in der Mitte Europas ist ein klarer Standortvorteil für das Ruhrgebiet. Diesen können wir aber nicht nutzen, wenn der Dauerstau auf den Autobahnen und die chronische Überlastung des Nahverkehrs weiter sprichwörtlich für unsere Region sind. Abhilfe schafft hier nur ein abgestimmtes und verkehrsträgerübergreifendes Vorgehen. Wir wollen noch schnellere Verbindungen zwischen den Ruhrgebietsstädten schaffen, den Güterverkehr zielgerichteter auf Schiene und Wasserwege bringen und auch hier Investitionsstaus überwinden.

Der weitere Ausbau der Radwege ist erforderlich, da mehr Berufstätige als bisher gerne mit dem Rad zum Arbeitsplatz fahren. Hierbei ist auch die Nutzung alter Bahntrassen als Fahrradtrasse zu prüfen. Das Thema Sicherheit auf Radwegen ist mehr in den Fokus zu rücken, um auch junge Verkehrsteilnehmer zu ermutigen, das Fahrrad zu nutzen.

Die CDU-geführte Landesregierung hat eine Verkehrswende eingeleitet. Der massive Ausbau der Planungskapazitäten wird für eine allmähliche Überwindung des Investitionsstaus sorgen. Die deutlich erhöhten Mittel des Bundes für den Ausbau und den Erhalt der Bundesfernstraßen werden mit den neuen Akzenten schneller im Ruhrgebiet ankommen. Die CDU Ruhr unterstützt diese Politik, denn sie kommt unserer Region zugute.

Die CDU Ruhr steht für eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die bei Minimierung der Umweltbelastung den aktuellen und zukünftigen Verkehrsbedürfnissen Rechnung trägt. Bei aller Notwendigkeit für neuen Verkehrsprojekte gilt es die Bürger einzubeziehen und zu überzeugen, statt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die CDU Ruhr steht für die Stärkung bestehender und neuer Beteiligungsmöglichkeiten bei der Umsetzung von infrastrukturellen Großprojekten. Ziel muss indes sein, die Umsetzung erforderlicher Verkehrs- und Infrastrukturprojekte zu beschleunigen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

a. Vernetzte Mobilität

Mobilität der Zukunft bedeutet auch Diversifizierung. Die Potenziale der Digitalisierung wollen wir auch im Verkehrssektor für das Ruhrgebiet nutzen. Unter anderem durch die intelligente Vernetzung verschiedener Verkehrsangebote

und die Shared Mobility. Digitalisierung mit dem Smartphone als persönlichem Verkehrsmanager ermöglicht die modale Nutzung verschiedener Verkehrsträger auf dem Weg zur Arbeit oder zu Freizeitangeboten. Nutzung eines Fahrrades, des ÖPNVs und eines geliehenen Elektro-Scooters auf einem Weg werden immer häufiger. Mit dem Ruhr-schnellweg für Fahrräder bieten wir einen deutschlandweit einmalige Möglichkeit stadtübergreifend, sicher und schnell mit dem Fahrrad zu pendeln. Die Infrastruktur für Radverkehr auf Radschnellwegen wollen wir konsequent ausbauen. Sie kann Pendlern eine echte Alternative zu Auto und ÖPNV bieten und bestehende Verkehrsadern auf Straße und Schiene entlasten. Die Übernahme der Betriebskosten von Radschnellwegen ist durch das Land dauerhaft sicherzustellen.

b. Ein moderner ÖPNV für eine moderne Metropole

Ohne eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) werden wir die Verkehrs- und Pendlerströme nicht bewältigen. Bisher pendeln in der Metropole Ruhr nur 10 Prozent der Menschen mit dem ÖPNV zur Arbeit, eine sehr ernüchternde Bilanz. Zur Verbesserung von Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit müssen Pünktlichkeit und Kundenorientierung des ÖPNV deutlich gesteigert werden. Hierzu ist insbesondere eine Verbesserung der interkommunalen Verbindungen, insbesondere am Abend und dem Wochenende erforderlich. Eine ausreichende Finanzierung des ÖPNV ist sicherzustellen. Vielerorts bedarf die Infrastruktur dringender Erneuerung.

Die CDU Ruhr steht für eine Bündelung kommunaler und regionaler Kräfte zur Stärkung des Öffentlichen Personen-

**SCHNELLE UND
LEISTUNGSFÄHIGE
VERBINDUNGEN ÜBER
STRASSE, SCHIENE, LUFT
UND WASSERWEGE SIND
VORAUSSETZUNG FÜR
DIE ATTRAKTIVITÄT VON
LEBEN UND ARBEITEN
IN DER EUROPÄISCHEN
METROPOLREGION RUHR.**



nahverkehrs. Niemand versteht, warum Pendler aus dem Duisburger Süden, die in den Essener Süden wollen, über beide Innenstädte fahren müssen. Diese kleinteilige Verkehrsplanung muss endlich überwunden werden. Dafür braucht es jetzt neue Anstrengungen. CDU Ruhr setzt sich dafür ein, in einem ersten Schritt ein Konzept auszuarbeiten, das sich an den Bedürfnisse der „zukünftigen“ Kunden orientiert und Grundlage für konkrete Umsetzungsschritte werden soll. Die Region braucht ein Leitbild, welches darstellt, wie ein metropolengerechtes und dem regionsinternen ständig wachsenden Pendleraufkommen (Olympiaausrichtung!) entsprechendes Nahverkehrsangebot aussehen müsste. Dieses Leitbild muss dann Grundlage für die Klärung von Strukturen und Finanzierung sein. In einer 5-Millionen-Metropole können wir nicht innerhalb weniger Jahre den kompletten Nahverkehr auf den Kopf stellen, aber wir brauchen eine ehrliche Analyse und den Willen gemeinsam für die drängendsten Probleme eine Lösung zu finden. Das bedeutet auch, regional und funktional sinnvolle Kooperationen bis hin zu Fusionen anzustoßen. Die Bemühungen um Zusammenschlüsse kommunaler Verkehrsgesellschaften und eine mittelfristig zu erreichende regionale Verkehrsgesellschaft, die organisatorisch, technisch und wirtschaftlich ein leistungs- und wettbewerbsfähiges öffentliches Verkehrssystem für die ganze Region anbieten kann, ist zu unterstützen. Wir wollen eine einheitliche Preisstruktur und ein einheitliches Ruhrticket. Auf dieser Grundlage und mit Hilfe verkehrspolitischer Investitionen kann ein attraktiver, integrierter und metropolengerechter ÖPNV entstehen.

In Bezug auf den demografischen Wandel ist besonders auf die Mobilitätsbedürfnisse der älteren Menschen und der Menschen mit Behinderungen zu achten. Ohne ausreichende barrierearme Stadtteilversorgung durch ÖPNV-

Anbindungen wären viele Bürger daran gehindert, mobil zu bleiben und ein eigenständiges Leben zu führen. Die barrierearme Ausstattung des ÖPNV ist unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu betrachten. Auch in den ländlichen Regionen des Ruhrgebiets muss dauerhaft ein attraktives, zugleich aber bezahlbares ÖPNV-Angebot erhalten bleiben. Hierzu ist es erforderlich, die bestehenden Verkehrssysteme noch stärker um flexible und bedarfsorientierte Bedienformen, wie Anruf-Sammeltaxi-Systeme und Bürgerbusse, zu ergänzen.

c. Starke Infrastruktur

Für einen attraktiven Nahverkehr müssen auch die Angebote des Schienenverkehrs ausgebaut werden. Die zügige Realisierung des Rhein-Ruhr- Expresses (RRX) und der damit verbundene Ausbau der Knoten Dortmund und Hamm sind dafür essentiell. Wir begrüßen, dass erste Teile des Projektes umgesetzt werden und fordern alle Beteiligten auf, das Projekt auf der gesamten geplanten Strecke zügig umzusetzen.

Die CDU Ruhr setzt sich dafür ein, dass auch die Anbindung weiter entfernt liegender Städte und Gemeinden an diese neue Haupttrasse gezielt verbessert wird. Eines der wichtigsten Bahnprojekte für die Metropole Ruhr ist der Ausbau des Streckenabschnitts zwischen Münster und Lünen. Die eingleisige Strecke dient auch als Fernverkehrsstrecke für IC und ICE und als direkte Anbindung der Metropole Ruhr von Dortmund nach Hamburg. Diese Überbelastung führt zu Störungen im Nahverkehr. Nach der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundes, müssen Land und Bund nun alles für eine schnelle Umsetzung tun.

Der Schienenverkehr boomt – die Fahrgastzahlen sind im gesamten Ruhrgebiet angestiegen. Die begrenzten Kapazitäten der Hauptstrecken lassen eine weitere, bedarfsgerechte Verdichtung des Angebotes kaum zu. Daher ist zu prüfen, ob bereits heute vorhandene Ausweichstrecken ertüchtigt und ausgebaut werden können, damit über diese Strecken weitere Linien ans Netz gehen können.

Darüber hinaus sind der Ausbau der Tempo 100 Strecken rund um den Bochumer Hauptbahnhof, eine alternative Linienführung für langsame Nahverkehrszüge östlich von Essen, eine neue Kurve in Bochum sowie die Nachrüstung der Strecken mit Technik, die kürzere Abstände zwischen den Zügen möglich macht und Fahrzeiten verkürzt, zu forcieren.

Der wichtigste Verkehrskorridor für Güter auf der Schiene läuft quer durch Europa von der Nordsee zum Mittelmeer; er verbindet die niederländischen Häfen Rotterdam und Amsterdam mit dem italienischen Genua. Während auf niederländischer Seite mit der Betuwe-Route bereits ein Neu- und Ausbau der Strecke realisiert wurde, stockt auf deutschem Boden der Verkehr. Besonders zwischen Emmerich und Oberhausen ist der dreigleisige Ausbau zu realisieren. Die CDU Ruhr steht für den zügigen Ausbau der Betuwe-Linie zwischen Emmerich und Oberhausen zur Stärkung des Logistikstandorts Ruhr.

Die CDU Ruhr steht für den notwendigen Ausbau des Straßenverkehrsnetzes. Der Dauerstau auf manchen Autobahnen senkt die Lebensqualität der Menschen und gefährdet die Wirtschaftskraft der Region. Dazu gehören





die bereits begonnenen sechsspurigen Ausbauten der A40 und der A43. Dazu gehört auch der Komplettausbau der A52 zwischen Essen und Gelsenkirchen-Buer sowie die Verlängerung der A445 von Werl bis zur A2 in Hamm. Dazu gehört der Ausbau der A1 von Münster bis zum Kamener Kreuz, für den das Planungsverfahren bereits eingeleitet ist. Zudem lehnen wir immer neue Geschwindigkeitsbeschränkungen ab. Wenn nötig, sind

bauliche Maßnahmen zur Lärminderung vorrangig umzusetzen. Die CDU Ruhr setzt sich dafür ein, bestehende Geschwindigkeitsbeschränkungen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und, wo möglich, auch wieder aufzuheben.

Die CDU Ruhr steht für eine regionale Verkehrspolitik und die Erarbeitung eines regionalen Verkehrskonzepts, um die Attraktivität der Innenstädte und Stadtteilzentren zu steigern. In den Städten und Gemeinden müssen die kommunalen Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auch und gerade unter regionalen Erfordernissen vorangetrieben werden. Neue Umgehungsstraßen müssen Ortskerne entlasten, wobei die Sanierung und der Erhalt von kommunaler Straßeninfrastruktur höchste Priorität haben sollte. Kreisverkehre statt Ampeln dienen einer umwelt-

freundlichen Verkehrsführung und der vermehrte Einsatz moderner Logistiksysteme kann das hohe Verkehrsaufkommen intelligent steuern helfen.

Die CDU Ruhr steht für die konsequente Anwendung moderner Lärmschutztechnik beim Ausbau der Infrastruktur zum Schutz der Anwohner. Die Akzeptanz für Mobilität und die weitere Modernisierung der Infrastruktur in der Mobilitätsmetropole Ruhr hängt entscheidend davon ab, dass die Lärmbelastung für die Anwohner entlang der Verkehrswege reduziert wird. Der Schutz vor Verkehrslärm entlang Straßen und Schienen ist deutlich zu verbessern und bei neuen Infrastrukturmaßnahmen konsequent mitzudenken.

Zur umfangreichen Mobilität gehören neben Straßen und Schienen auch die Luft- und Wasserverbindungen. Der internationale Flughafen Düsseldorf sowie der Regionalflughafen in Dortmund leisten einen elementaren Beitrag zur Standortqualität der Metropolregion Ruhr. Ohne die Wasserwege der Metropole Ruhr würden wir unmittelbar vor dem Verkehrskollaps stehen. Wir fordern eine schnelle Instandsetzung der vorhandenen Kanäle und Schleusen und setzen uns für eine bessere Auslastung und Vernetzung ein. Wegen des stetig wachsenden Güterverkehrs ist ein weiterer Ausbau der Häfen, insbesondere des Duisburger Hafens als Hauptumschlagplatz für Güter in der Region, notwendig. Dort, wo die Anpassung der Infrastruktur mit dem Wachstum der Güterströme nicht mithalten kann, ist eine arbeitsteilige Zusammenarbeit der Kanalhäfen anzustreben.





VII. Die Metropole gemeinsam lebenswert gestalten



Gesellschaftliche Wandlungsprozesse wie die Individualisierung und die nachlassende Parteibindungen verändern die Wahrnehmung von Politik und die Bereitschaft, sich für Politik und Gemeinwesen zu engagieren. Klassische Beteiligungsformate und langfristiges politisches Engagement haben für viele Bürger an Attraktivität verloren.

Gleichzeitig gibt es eine Fülle von projektorientierten Aktivitäten und eine hohe Nachfrage im ehrenamtlichen Bereich. Es gibt außerordentliches Elternengagement, Einsatz für alte Menschen und Menschen mit Behinderung, es gibt ehrenamtliche Betätigung im kirchlichen, kulturellen und sportlichen Bereich. Dies passiert weitgehend außerhalb von staatlichen Strukturen. Das erfreulich große gesamtgesellschaftliche Engagement findet jedoch vielfach jenseits der früher üblichen Partizipationskanäle statt. Alle aktiven Bürger, die sich für das Gemeinwohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, sind zu würdigen und in ihrem Engagement zu stärken.



Ohne ehrenamtliches Engagement wird unsere Gesellschaft weder den demografischen Wandel noch die Integration neuer Bürger bewältigen. Die Politik muss bürgerschaftliches Engagement durch die Schaffung einer Kultur der Anerkennung fördern. Dazu gehören auch ein Anreizsystem und die Abschaffung unnötiger bürokratischer Regelungen. Ebenso ist eine verbesserte Berücksichtigung der Erfahrungen im Ehrenamt für die berufliche Laufbahn erforderlich. Ehrenamtlich Tätige benötigen eigene, ihre Aufgaben unterstützende Bildungsangebote.

Demografische Veränderungen stellen vor allem für die Metropole Ruhr eine ernst zu nehmende Herausforderung dar, denn unsere Region ist von den Auswirkungen des demografischen Wandels besonders stark betroffen: Im Gegenteil zu allen anderen Metropolregionen in Deutschland schrumpft die Bevölkerung der Metropole Ruhr laut Prognosen bis 2040. Die Lebensverhältnisse in den Städten der Metropole Ruhr sind für viele Menschen durch Alleinsein, Einsamkeit und Anonymität gekennzeichnet. Stabile soziale Netzwerke werden von vielen Menschen heute nicht erfahren. Diese Entwicklung lässt sich verändern, wenn die Bereitschaft der Menschen, sich für „ihre“ Stadt und „ihren“ Stadtteil zu engagieren, gefördert und unterstützt wird. Daher ist bei der Quartiersentwicklung das bürgerschaftliche Engagement stärker zu berücksichtigen. Auch nachbarschaftliche Unterstützungsaktivitäten zwischen jungen Familien und älteren Bürgern sind zu begrüßen und gesellschaftlich zu verankern.

a. Integration

Die Region zwischen Lippe und Ruhr ist seit Jahrhunderten geprägt von Zuwanderung und Integration. Etliche Men-

schen mit Zuwanderungshintergrund haben in unserer Metropole Ruhr ihre neue Heimat gefunden. Durch Zuwanderung ist die Region zu einer bedeutenden Metropole geworden. Die Integration von Menschen aus unterschiedlichsten Regionen der Welt ist eine der wichtigsten Stärken einer Region, die Vielfalt vor allem auch als Chance begreift. Während die Aufnahme der neuen Einwohner in zahlreichen Fällen ohne größere soziale Verwerfungen stattgefunden hat, sind in einigen Städten Segregations-tendenzen erkennbar. Gelungene Integration ist ein Geben und Nehmen, wobei Zuwanderer in erster Linie eine Bring-schuld gegenüber der Mehrheitsgesellschaft haben.

Die CDU steht jeder Form von politischem oder religiösem Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen. Wir sind entschlossen, unser offenes, tolerantes und menschliches Zusammenleben gegenüber den Feinden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Die CDU Ruhr steht für einen chancenorientierten Umgang mit Zuwanderung und für die vollumfängliche Integration unserer Bürger in die Gesellschaft. Segregationstendenzen und der Entwicklung bzw. dem Bestehen von Parallelgesellschaften in unseren Städten wollen wir entgegenwirken. Angesichts des Ausbildungsstands vieler Zuwanderer in die Metropole Ruhr und dem wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften bleibt die Integration neuer Bürger in der Region entscheidende Aufgabe. Aufbauend auf den Entwicklungen der Integrationspolitik der letzten Jahre sind nachhaltige Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft zu schaffen, die die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Fokus nehmen. Der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung in öffentlichen und privaten Räumen und die Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte sind dabei wichtige Stellschrauben.



Die CDU Ruhr steht für die Reduzierung von Integrationshindernissen und für eine offene Kultur gegenüber Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte. Ob Integration gelingt, entscheidet sich vor Ort. Die Frage der Eingliederung von Zuwanderern in die gesellschaftlichen Strukturen ist also nicht nur ein bundespolitisches, sondern auch ein landes- und kommunalpolitisches Thema. Zur Integration müssen alle etwas beitragen: die Zuwanderer, die Einheimischen, die Städte, die Region, das Land und der Bund. In den durch Zuwanderung besonders betroffenen Stadtvierteln im Ruhrgebiet müssen die kommunalen Maßnahmen politisch und finanziell durch Landes- und Bundespolitik begleitet werden. So muss ein Sonderprogramm zur Umsetzung eines integrativen Handlungskonzepts, das u.a. die Bereiche Sicherheit und Ordnung, Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Integration umfasst, aufgelegt werden.

Die CDU Ruhr steht für ein koordiniertes und kooperatives Vorgehen von Bund, Land und Kommunen bei der Beseitigung von Zuwanderungsproblemen. Dort, wo die Kriminalität steigt, muss mit verstärktem Polizeiengagement reagiert werden. Örtliche Polizeikräfte und kommunale Ordnungsbehörden sollten durch Kollegen aus den Herkunftsländern der Zuwanderer unterstützt werden. Gegen den sogenannten Arbeiterstrich und den Menschenhandel muss durch Ausdehnung des Prüfungsauftrags der Zollbehörden effektiv vorgegangen werden. Das Land muss auch den rechtlichen Rahmen für eine menschenwürdige Unterbringung (Verhinderung von „Matratzenvermietung“) schaffen. Im Falle eines nicht berechtigten Aufenthalts ist für Rückführung mit Wiedereinreiseverbot zu sorgen. Dies ist in den Kommunen als Schwerpunktaufgabe zu priorisieren. Die CDU setzt sich für die kompromisslose Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug ein. Die

CDU Ruhr steht für die konsequente Durchsetzung bestehenden Rechts und die Beseitigung rechtsfreier Räume, die erfolgreicher Integration im Wege stehen.

Land und Kommunen müssen besonders für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine ausreichende Sprachförderung organisieren und sie in den Regeleinrichtungen der kommunalen Bildungslandschaften integrieren. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und Integration. Sprachförderung ist die zentrale Voraussetzung zur Vermeidung von Armut. Die Jugend- und Schulämter müssen in abgestimmten Konzepten mit den Ordnungsbehörden die Schulpflicht durchsetzen. Insgesamt sind in Kindertageseinrichtungen und Schulen mehr Lehrkräfte sowie Erzieher mit Zuwanderungsgeschichte erforderlich. Hierbei muss das Leistungsprinzip Vorrang vor einer Quotierung haben.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen sind auch Migrantenselbstorganisationen gefordert. Mit ihnen sind Bildungs- und Integrationsvereinbarungen abzuschließen, um gemeinsam zur Verbesserung der Bildungssituation von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte beizutragen. Hierbei ist darauf zu achten, dass sich diese im Rahmen des Grundgesetzes bewegen und keiner Kontrolle oder Finanzierung aus dem Ausland unterliegen. Eltern mit Zuwanderungsgeschichte, die sich in Elternvereinen für die Verbesserung der Bildungssituation ihrer Kinder engagieren, müssen in ihrer Arbeit Unterstützung erfahren.

Fakt ist, dass die massive Zuwanderung von Armuts- und ethnischen Ursachen in den Herkunftsländern hat. Sie lassen sich in den Städten des Ruhrgebietes besonders dort nieder, wo die Segregation schon seit Jahren eine politische

Herausforderung darstellt. Wohnungsleerstände und damit einhergehende niedrige Mieten, schlechte Bausubstanz und suboptimale Infrastruktur sind die äußeren Kennzeichen dieser Stadtteile. Für die Lösung der Probleme um sogenannte Schrottimmobilien müssen im öffentlichen Interesse wirksame gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Die Herkunftsländer sowie auch die Europäische Union sind gefordert, die Gründe für den Fortzug dieser Menschen vor Ort in den Heimatländern zu bekämpfen. Minderheitenprobleme in Südosteuropa können nicht in Deutschland gelöst werden.

b. Zusammenhalt der Generationen

Die CDU ist Volkspartei aller Generationen. Wir setzen uns für soziale und gesellschaftliche Teilhabe aller Altersgruppen in unserer Gesellschaft ein. Viele Seniorinnen und Senioren sind sehr aktiv und bereit, sich auch nach Eintritt in den Ruhestand weiterhin einzubringen. Nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in Familie und Ehrenamt benötigen wir die Kompetenz älterer Menschen.

Wir stehen für eine seniorengerechte Infrastruktur, innerhalb der die Menschen ausreichende Versorgungsangebote vorfinden, soziale Kontakte pflegen, an Kultur und Sport partizipieren sowie Beratungsdienstleistungen aller Art in Anspruch nehmen können.

Ältere Menschen sollen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden führen. Neue Technologien, etwa im Bereich der Digitalisierung und der Telemedizin, bergen ein enormes Potenzial, das wir nutzen und weiterentwickeln wollen. Wir wollen entsprechende Angebote im sozialen Umfeld und generatio-

nen- sowie familienübergreifende Netzwerke fördern, um den Austausch zwischen den Generationen zu stärken. Für ein menschenwürdiges Leben im Alter und die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe können Seniorenwohngemeinschaften einen wichtigen Beitrag leisten und eine Alternative zum Seniorenwohnheim bieten. Solche Angebote müssen durch die Gewährleistung haushaltsnaher Dienstleistungen, die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Barrierefreiheit, einen funktionierenden ÖPNV sowie Pflegeleistungen vor Ort ergänzt werden.

c. Innere Sicherheit

Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. Wir unterstützen die Politik der Landesregierung, die entschlossen gegen Rockerbanden und Clans vorgeht und sich auch mit ausufernden Drogenszenen und einer stetigen Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten und Rettungskräften nicht abfindet. Wir sprechen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Justiz, Polizei und Ordnungsbehörden als Garanten der inneren Sicherheit und öffentlichen Ordnung unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

Mehr Polizisten und eine bessere Ausstattung sind für die Bekämpfung der Alltagskriminalität und eine höhere Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen erforderlich. Mit besonderem Nachdruck ist auf die Entwicklung der Kriminalität im Jugendbereich und bei Personen mit bestimmten Zuwanderungsgeschichten zu reagieren. Aufklärung und Prävention, aber auch konsequente Strafverfolgung sind erforderlich. Die verstärkte Vernetzung über die kommunalpräventiven Räte sowie ganzheitliche Ansätze zur Steigerung von Sicherheit und Ordnung sind zu fördern.

Zur effektiven Verfolgung von Straftaten und zur Steigerung des Sicherheitsempfindens sind ein verstärkter Einsatz von Kameraüberwachungen öffentlicher Plätze und Einrichtungen sowie die umfassende Einbeziehung von Sicherheitsaspekten in die Bauleitplanung erforderlich.

Der freiheitliche Rechtsstaat ist auch auf die Unterstützung der Bürger angewiesen. Jeder Bürger muss sich als Sicherheitspartner seiner Mitmenschen verstehen. Auch dies gehört zum christlichen Verständnis. Die CDU Ruhr begrüßt deshalb die vielfältigen kommunalen Aktivitäten zur Steigerung von Zivilcourage und zur Erarbeitung von Präventions- und Sicherheitskonzepten.

Gemeinsam mit den Bürgern müssen die Kommunen das Erscheinungsbild der Städte durch Sauberkeit von Straßen, Plätzen und öffentlichen Anlagen stärken, denn subjektive Sicherheit gründet sich bereits auf solchen Merkmalen. Hierzu gehört auch die Beseitigung von Graffiti.

d. Die Kulturmétropole Ruhr

Die CDU Ruhr steht für die Stärkung der Kulturinstitutionen in der Kulturmétropole Ruhr auf internationales Spitzenniveau. Die Anziehungskraft der Métropole Ruhr wächst auch mit der Ausstrahlung ihres kulturellen Lebens. Auch im Zeichen des strukturellen Wandels bleibt die europäische Métropolregion Ruhr in Geschichte und Gegenwart untrennbar mit ihrer Industrie verbunden. Dem Denkmalschutz kommt ein besonderer Stellenwert zu, um Gebäude, Werkanlagen und andere Stätten als Zeugen der Lebens- und Arbeitsgeschichte der Menschen dieser Region zu erhalten. Die Industriekultur ist mit der Bewahrung und Neubespaltung bedeutender Industriedenkmäler zu einem herausragen-

den Alleinstellungsmerkmal mit Identifikationscharakter für die gesamte Region geworden. Die CDU Ruhr steht für den Erhalt und die Nutzung industrieller Denkmäler und unterstützt den Ausbau der Industriekultur.

Die herausragende Anzahl und Qualität der Kultureinrichtungen gehört zu den besonderen Vorzügen der Métropole Ruhr im internationalen Standortwettbewerb. Die Entscheidung für Essen und die Métropole Ruhr als Kulturhauptstadt Europas 2010 bot zudem die Möglichkeit, die Integrationskraft der Kultur für die gesamte Region zu erschließen. Mehr als früher fühlen sich die Menschen in der Region mit ihrer Métropole Ruhr verbunden. Auch die Bestrebungen der Kommunen, der Region, des Landes und der Wirtschaft, herausragende Kulturereignisse wie die RuhrTriennale, die Ruhrfestspiele oder das Klavier-Festival Ruhr zu etablieren, tragen dazu bei. Auch bei knappen öffentlichen Mitteln müssen Vielfalt und Niveau der Kulturmétropole Ruhr erhalten werden. Wo die Möglichkeiten einzelner Städte zum Erhalt bedeutender Kulturstätten nicht reichen, müssen regionale Anstrengungen erfolgen. Zur Finanzierung ist auf eine angemessene Kostenbeteiligung der Teilnehmer und Nutzer aller Kulturangebote zu achten. Wer Vielfalt erhalten will, darf Kooperationen und neue Betriebsformen nicht ausschließen. Dies erfordert nicht nur gemeinsame Werbeaktivitäten der einzelnen Kultureinrichtungen, sondern auch ein kommunales Kulturmanagement, das sich neben kulturpolitischen Inhalten auch einer betriebswirtschaftlichen Professionalität öffnet.

Auch freie Bühnen, Galerien und Museen, Theaterinitiativen, Orchester, Vereine und andere freie Träger beleben die Kulturmétropole Ruhr. Der staatliche und kommunale Kulturbetrieb darf freie Träger künstlerischer Aktivitäten nicht von öffentlicher Unterstützung verdrängen oder gar aus-



Foto: © Thomas Berns



Foto: Kurt Michel / pixello.de

schließen. Auch die Kultur braucht den Wettbewerb, der den Anspruch auf Förderung immer wieder auf den Nachweis der Leistung begründet.

Die ältesten Kulturträger in unserer Region sind die Kirchen. Wir treten ein für ein offenes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Politik und Kirchen und für einen lebendigen interreligiösen Dialog. Er kann erfolgreich sein, wenn wir wissen, was uns prägt.

Musikschulen, Stadtbüchereien und Volkshochschulen sind für die individuelle Entfaltung und Talentförderung unerlässlich und zugleich wesentliche Voraussetzungen für die Teilhabe am kulturellen Leben. Substanzgefährdende Einsparungen in diesem Bereich sind abzulehnen. Die freien Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung sind zu fördern.

e. Sport schafft Zusammenhalt

Sport ist mehr als nur individuelle Freizeitgestaltung. Sport schafft Zusammenhalt über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und trägt damit maßgeblich zur Integration bei. Er stärkt aber auch die Persönlichkeitsentwicklung, unterstützt Bildungsprozesse und dient der Gesunderhaltung. Eine Million Menschen sind in Sportvereinen der Region organisiert. Dabei übt jeder vierte seine sportlichen Aktivitäten außerhalb der eigenen Stadt, aber in der Sportmetropole Ruhr aus. Die hierzu erforderlichen Sportstätten instand zu halten und den modernen Bedingungen anzupassen, bedarf eines Kraftaktes. Die CDU Ruhr begrüßt daher ausdrücklich das Sportstättenförderprogramm der Landesregierung. Es ist jedoch sicherzustellen, dass

die Modernisierung von Sportstätten unabhängig von ihrer Trägerschaft unterstützt wird. Gerade die kommunalen Sportstätten im Ruhrgebiet dürfen nicht leer ausgehen.

Ohne die Sportvereine und ihre ehrenamtlichen Aktiven wäre das einzigartige Sportleben in der Sportmetropole Ruhr nicht denkbar. Die Sportvereine leisten als Teil der aktiven Bürgergesellschaft einen elementaren Beitrag bei Jugendbetreuung, Integration und Gesundheitsvorsorge. Politik und Verwaltung sind angehalten, die Vereine bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unbürokratisch zu begleiten und blockierende Auflagen abzubauen. Die CDU Ruhr steht für die Unterstützung der Vereine durch Reduzierung bürokratischer Hürden und würdigt den Sport in seinem Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Bundesliga und Großereignisse wie die World Games, Weltmeisterschaften, die Ruhr Games oder der Ruhrmarathon machen sichtbar, wie groß die Begeisterung und wie gemeinschaftsstiftend der Sport ist. Die Infrastruktur muss für alle Sportler und Besucher von Sportveranstaltungen weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht werden. In Anbetracht der kommunalen Haushaltslagen, des demografischen Wandels und einer zunehmenden Individualisierung im Sport, ist in den kommenden Jahren mit einer Sportentwicklungsplanung die Sportstättenlandschaft mit rund 10.000 bestehenden Anlagen zukunftsfähig neu aufzustellen. Der Ausbau vorhandener Anlagen und die Umwidmung nicht mehr genutzter Flächen sollen hierbei Vorrang haben. Bei Standortfrage, Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sportstätten ist der Umweltverträglichkeit Rechnung zu tragen.



CDU RUHR